



Migration



& Integration

Ein Kontinent schottet sich ab	04
Ohne Perspektive keine Gesundheit	08
Kaum noch freiwillig	09
Sprache und Würde	13
Unter Generalverdacht	14

Münchner Klimaherbst

Der Frühling fing dieses Jahr schon im Winter an, die Gletscher in den Alpen schmelzen, und die Kartoffel gedeiht nun auch in Grönland prächtig.

Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sind globaler Natur, aber die notwendigen Änderungen fangen zuhause und im lokalen Bereich an. Gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Medien, Stadtverwaltung, Umweltschutz und Wissenschaft hat die Münchner Volkshochschule deshalb die Initiative für mehr Klimaschutz in München ergriffen. Einen Monat lang werden wir konzentriert die überfällige Wende zu einer Kultur des Energiesparens und zu einer weitgehenden Versorgung

durch regenerative Energien in das Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit rücken. Es gilt zu sichten, was vorbildlich ist, und nachzudenken über neue Strategien von der lokalen bis zur globalen Ebene, über Alternativen, die notwendig sind und trotzdem Spaß machen können: anschauen, aktivieren, mitreden und unterstützen – an vielen Orten der Stadt.

Rund 100 Veranstaltungen werden zum Thema Klimawandel angeboten – Vorträge, Ausstellungen und Fachtagungen, aber auch eher ungewöhnliche Formate, die sich an ein jüngeres Publikum richten sollen: „Klima-Spiele“ auf der Münchner Spielwiesn, „Science-Cafe“ mit Prof. Dr. Wolf-

gang Seiler oder „Climate Clubbing“ in der Registratur. Es gibt Lesungen zu aktuellen Neuerscheinungen, z.B. „Der Klima-Knigge“ des Bestseller-Autors Dr. Rainer Grießhammer oder „Die Billiglüge“ des SZ-Journalisten Frank Kotteder.

„Das Themenspektrum des Münchner Klimaherbstes reicht von A wie „Autogipfel alternativ“ bis zu Z wie „Zugspitze – Klimaforschung auf 3000 m Höhe“. Die Veranstalter bieten Grundlageninformationen über den Klimawandel, wie das „Münchner Forum Nachhaltigkeit“ mit dem Vorsitzenden des bayerischen Klimarates, Prof. Dr. Hartmut Graßl. Es werden aber auch weniger bekannte Aspekte des Klimawandels thematisiert, so z.B. „Essen für das Klima“, ein Vortrag des Ernährungswissenschaftlers Dr. Karl von Koerber.

Angelika Bachmann,
Ökologisches Bildungszentrum



Info

Der Münchner Klimaherbst findet vom **8. Oktober bis zum 15. November** statt. Er ist eine Veranstaltungsreihe der Münchner Volkshochschule und des Ökologischen Bildungszentrums mit Partner der Stadtverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren Organisationen. Das detaillierte Programm mit allen Daten und Internetadressen der Kooperationspartner gibt es hier:

www.mvhs.de/klimaherbst

Bündnis für Klimaschutz

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat in seinem vierten Bericht die Verantwortung der Industrie- und der Schwellenländer für die Erderwärmung betont. Die Stadt München hat reagiert.

Der Bericht beschreibt die dramatischen Folgen vor allem für die armen Länder, gibt Handlungsempfehlungen für eine Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen und fordert ein rasches Handeln, um die globale Temperaturerhöhung auf maximal zwei Grad beschränken zu können. Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen dem Bericht zufolge bis spätestens 2015 stabilisiert und bis 2050 im Vergleich zum Jahr 1990 weltweit halbiert werden, um die Folgen des Klimawandels in einem beherrschbaren Rahmen zu halten.

Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat am 18. Juli als Reaktion auf die-

sen Bericht beschlossen, ein Bündnis für Klimaschutz einzurichten. Dieses Bündnis soll durch den Zusammenschluss verschiedener Akteure aus Umweltverbänden, Hochschulen, Unternehmen, aus der Politik, der Stadtverwaltung und aus öffentlichen Institutionen neue Ideen und Umsetzungsstrategien für den Klimaschutz entwickeln. Der lokale Klimaschutz in München soll so noch effizienter vorangebracht werden. Ziel ist es, dass sich die Bündnispartner zur Notwendigkeit des Klimaschutzes bekennen und sich zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen verpflichten.

Die Vorbildfunktion der Akteure erfordert, dass Partner des Bündnisses nur werden kann, wer nachweislich in den letzten Jahren Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen – bzw. CO₂-Äquivalente – in seinem Einflussbereich ergriffen hat oder konkrete Maßnahmepläne vorlegt. Das

Bündnis ist strukturiert in Plenar- und Forums-Sitzungen zu den Bereichen Energiesparen, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Verkehr. Die Patenschaft über die Foren soll von den jeweiligen Bündnispartnern übernommen werden.

Das Bündnis für Klimaschutz ist ein vorwiegend lokales Netzwerk, das unter synergetischer Nutzung bereits bestehender lokaler, nationaler und internationaler Netzwerke (Klimabündnis, Energie-Cités, Euro-cities) eine aktive Integration der zahlreichen gesellschaftlichen Akteure im Bereich Klimaschutz anstrebt. Die Stadtverwaltung übernimmt die Rolle der Koordination und bietet bzw. vermittelt fachliches Know-how. Die Auftaktveranstaltung wird im November 2007 stattfinden.

Gerhard Urbainczyk, Siegfried Ruhland,
Referat für Gesundheit und Umwelt

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Bio“-Sprit, will man uns allenthalben weiß machen, erlöst uns von allen Sorgen und rettet gleich die ganze Welt mit. Nur, weil es nicht so schön klingt und schon das Wort allein Zweifel am Unterfangen säen könnte, ist von Energiepflanzen oder, besser noch, den nachwachsenden Rohstoffen die Rede. Das klingt deutlich ökologischer.

Was das mit Migration und Integration zu tun hat? Damit hier angeblich klimafreundlich fröhlich weiter Energie verschwendet werden kann, zerstören wir in den armen Ländern des Südens in großem Stil die Ökosysteme, verheizen wir Lebensmittel, beschleunigen wir den Klimawandel. Wieder einmal wird eine Ressource ausgebeutet, diesmal heißt sie Anbaufläche. „Bio“-Sprit ist das nächste Beispiel dafür, wie die reichen Länder Fluchtursachen schaffen und so Migration produzieren.

Wenn Lebensräume und Nahrungsmittel vernichtet werden, bleibt nur die Flucht. Das ist lediglich ein Aspekt des Themas Migration und Integration, aber ein zentraler. Elias Bierdel beschreibt ab der Seite 4 in *„Ein Kontinent schottet sich ab“*, wie die Europäische Union deshalb zur Abwehr rüstet. „Migration und Integration“ ist zunächst einmal eine düstere Materie. Was aber Hoffnung macht, sind die meist kleinen Projekte, die sich der herrschenden Logik widersetzen. *„Ohne Perspektive keine Gesundheit“* (Seite 8) und *„Sprache und Würde“* (Seite 13) – diese beiden Geschichten stehen dafür exemplarisch.

Wir versuchen, Themen nicht isoliert sondern in Zusammenhängen zu betrachten. Deshalb wird sich die kommende Ausgabe dieser Zeitschrift mit dem eingangs beschriebenen Thema Agro-Kraftstoffe beschäftigen. Die Nr. 47 der Münchner Stadtgespräche erscheint im Dezember.

Eine gute Lektüre mit diesem Heft wünscht Ihnen

Thomas Rath

Inhalt

02 Münchner Klimaherbst

100 Veranstaltungen zum Thema Klimawandel

02 Bündnis für Klimaschutz

Neue Ideen in München

04 Ein Kontinent schottet sich ab

Europa und die Flüchtlingsabwehr

07 „Willst du, dass ich dich umbringe?“

Aus dem Bericht des Flüchtlings A.

08 Ohne Perspektive keine Gesundheit

Das Café 104 unterstützt „Illegale“

09 Kaum noch freiwillig

Rückkehr in den Kosovo

12 Interkulturelle Zukunft

Das Integrationskonzept der Stadt München

13 Sprache und Würde

Menschenrechte gelten bei „SchlaU“ auch für Asylbewerber/innen

14 Unter Generalverdacht

Das neue Ausländerrecht und die Integration

16 Impressum, Kontakte, Termine



04



08



09



13



14



Ein Kontinent schottet sich ab

Mit einem nie da gewesenen System aus Zäunen, Radarüberwachung, Satellitenaufklärung, militärischen Sperrzonen, Kriegsschiffen, Polizei- und Grenzschutztruppen will Europa die Zuwanderung aus den verarmten Nachbarregionen verhindern.

Die hochgerüstete „Flüchtlingsabwehr“ nimmt immer mehr die Formen eines Krieges an – schon ist im Zusammenhang mit den Toten an den Außengrenzen von „Gefallenen“ (*FAZ*) die Rede. Und das schaurige Wort vom „größten Massengrab Europas“ in den Gewässern, die uns von Afrika trennen, wurde längst zum beiläufig gebrauchten Gemeinplatz.

Wie viele Menschen genau den Versuch der heimlichen Einreise mit dem Leben bezahlen, kann niemand sagen, denn die kleinen überfüllten Boote werden bei ihrer Abfahrt von keiner Hafenbehörde registriert – keine Passagierliste gibt Auskunft über die Identität der Reisenden auf ihrer gefährlichen Überfahrt. Einzig die holländische Menschenrechtsorganisation „United“ zählt seit rund zehn Jahren all die Leichen der Erstickten, Ertrunkenen, Verdursteten vor unserer Haustüre. Auf dieser Liste sind derzeit rund 9.600 öffentlich bekannte (überwiegend aus Pressemeldungen) und bestätigte Todesfälle dokumentiert. Doch die Dunkelziffer ist hoch. Schätzungen gehen davon aus, dass rund die Hälfte der afrikanischen Migranten ihr Ziel nicht le-

bend erreichen. Nach Auskunft der spanischen Polizeigewerkschaft rechnen die Behörden auf den Kanaren allein für das vergangene Jahr mit 3000 Toten.

An anderen „Frontabschnitten“ der EU-Außengrenze werden ganze Familien in die Luft gesprengt: In den Minengürteln zwischen Griechenland (Europa) und der Türkei (Asien) sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den letzten zehn Jahren mindestens 100 Menschen gestorben. Die Landgrenze am Fluss Evros in Nordgriechenland ist seit dem Balkankrieg Anfang des 20. Jahrhunderts mit mehreren hunderttausend Sprengfallen vermint. Griechenland hat sich zwar verpflichtet, wenigstens die Anti-Personen-Minen bis zum Jahr 2011 vollständig zu entfernen. Es gibt jedoch berechtigte Zweifel, ob das überhaupt ernsthaft geplant und zu schaffen ist.

Auch auf dem Wasser setzt Griechenland Maßstäbe bei dem, was selbst in öffentlichen Regierungsverlautbarungen immer öfter mit dem Wort „Flüchtlingsabwehr“ bezeichnet wird. Dort erreicht der heimli-

che Krieg gegen die unerwünschten Migranten einen Grad an Unmenschlichkeit, der sich mit den Folterpraktiken von Guantanamo und Abu Ghraib messen kann: Überlebende berichten von schwersten körperlichen Misshandlungen bis hin zu Scheinhinrichtungen mit Schusswaffen, durch Untertauchen des Kopfes oder übergestülpte Plastiktüten (*siehe Interview mit einem Flüchtling auf Seite 7*).

Allgemein wandelt sich die Küstenwache in den „Frontstaaten“ – vor allem in Spanien, Italien, Malta und Griechenland – immer mehr vom Garanten für einen sicheren Verkehr auf See zum Schrecken der Bootsflüchtlinge. Ihre Einheiten haben den Auftrag, potenzielle „illegale Einwanderer“ in ihren meist völlig seeuntauglichen Booten zu stoppen und zur Umkehr zu bewegen. Selbstverständlich soll dabei keine Gewalt angewendet werden! Was das im Einzelnen bedeutet, kann sich jeder leicht vorstellen: Wenn die Verzweifelten in ihren Nusschalen, seekrank und kurz vor dem Verdursten, nach einer vielleicht vier- oder fünftägigen (z.B. auf der Route Liby-

en-Malta) oder sogar mehrwöchigen (Senegal-Kanarische Inseln) Überfahrt endlich Land sehen, dann kommt ihnen ein Patrouillenboot entgegen, mit der höflich vorgetragenen „Bitte“, doch lieber wieder heimzufahren.

Ganz abgesehen von den völlig offenen Fragen, in welcher Sprache mit den Passagieren kommuniziert wird, ob diese physisch und technisch überhaupt in der Lage sind umzukehren, ob sie über ausreichend Trinkwasser verfügen und wie sich in den nächsten Tagen wohl das Wetter entwickeln wird ... abgesehen von alledem *wollen* Menschen, die auf einer derart langen, gefährlichen Reise einmal soweit gekommen sind, unter keinen Umständen dorthin zurück, wo sie abgefahren sind. Mit anderen Worten: Ohne Gewaltanwendung gibt es keine realistische Möglichkeit, sie von der Durchführung ihres Vorhabens abzubringen.

In allen Küstenstaaten, die Zielländer von Bootsflüchtlingen sind, wurden deshalb paramilitärische Verbände aufgestellt, die dieses grausige Geschäft besorgen. In Griechenland sind es zum Beispiel 18 Sondereinsatz-Teams der Küstenwache, die – außerhalb des europäischen Rechtssystems und meist im Dunkel der Nacht – die Drecksarbeit machen: Boote jagen, abdrängen, zerstören und ihre Passagiere zum Beispiel auf unbewohnten Felseninseln absetzen. Immer häufiger wird dabei auch scharf geschossen. Und im Frühjahr 2006 machte ein Vorfall kurzfristig Schlagzeilen, bei dem Beamte der griechischen Küstenwache nach Zeugenaussagen Flüchtlinge in türkischen Gewässern offensichtlich einfach ins Meer geworfen hatten – wobei mindestens zehn Menschen starben.

In anderen Regionen versucht man das Problem mit der unerwünschten Migration dadurch zu „lösen“, in dem man die in Not geratenen Flüchtlinge einfach ihrem

Die da in kleinen Booten versuchen, ihren Teil vom Reichtum der Welt, und sei es auch nur als illegale Arbeitssklaven, in Europa zu erhaschen, sind nur die Vorboten eines unausweichlichen globalen Wandels.

Schicksal überlässt. Ein Beispiel aus diesem Frühjahr machte das besonders deutlich: Am 25. Mai kentert rund 60 Meilen vor der libyschen Küste ein Flüchtlingsboot. Die 27 Passagiere retten sich an die Seile eines Thunfischfangbeckens, das im Mo-

ment des Schiffsbruchs von dem maltesischen Schlepper „Budafel“ an ihnen vorübergezogen wird. Der Kapitän meldet den Vorfall. Der Reeder der „Budafel“ lässt jedoch nicht zu, dass die Besatzung die Flüchtlinge an Bord nimmt, da er angeblich in Sorge um seine empfindliche Ware ist und die „Budafel“ keinen Platz für 27 Menschen habe.

Auch die Behörden in Malta winken ab. Sie seien nicht zuständig, man möge sich an die libysche Regierung wenden. Doch in Tripolis interessiert sich niemand für die Männer, die nun bereits seit 24 Stunden in Todesangst festgeklammert auf dem schwankenden Netz sitzen. Malta stellt wiederholt klar, man werde die Schiffbrüchigen „keinesfalls aufnehmen“ und bittet stattdessen „andere Länder“ der Europäischen Union, sich der Verzweifelten anzunehmen. Es dauert schließlich drei Tage und drei Nächte, ehe die 27 Männer von einem italienischen Kriegsschiff an Bord genommen und nach Lampedusa gebracht werden. Dass sie ihre Tortur überlebten, während sich Bürokraten um die Verantwortung für die Gestrandeten stritten, darf getrost als Wunder bezeichnet werden.

Diesem ungeheuerlichen Vorgang widmeten nur wenige europäische Medien ihre Aufmerksamkeit. Einzig die Londoner Tageszeitung *The Independent* druckte am 28. Mai über die gesamte Titelseite ein Foto der Schiffbrüchigen auf dem Thunfischbehälter. Unter der Schlagzeile „Europe’s Shame“ („Europas Schande“) schrieb der Italien-Korrespondent des *Independent*, Peter Popham: „... das sind die letzten Schnappschüsse aus dem mörderischen Mittelmeer, jener Wasserstraße vor den südlichen Toren der Europäischen Union, von denen der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge sagt, sie seien geworden `wie der Wilde Westen, wo menschliches Leben keinen Wert mehr hat und Menschen ihrem Schicksal überlassen werden`. Bis zu 10.000 Afrikaner haben wohl bisher den Versuch, übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen, nicht überlebt. (...) Sie starben, nicht weil Hilfe unmöglich war, sondern weil niemand etwas tun wollte.“

Wie sehr der *Independent* mit dieser Analyse richtig lag, sollte sich nur zwei Wo-

chen später zeigen. Beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg scheiterte Malta mit seinem Vorstoß, aus Seenot gerettete Flüchtlinge künftig auf alle 27 EU-Mitgliedsländer zu verteilen. Spanien, Itali-

An den EU-Außengrenzen wurde in den letzten Jahren ein Grenzregime errichtet, wie wir es uns brutaler nicht einmal in den Zeiten des kalten Krieges in Europa hätten ausmalen können.

en, Frankreich aber auch kleinere Länder wandten sich gegen eine Regelung wie Malta sie wünscht. Dies würde nur noch mehr illegale Einwanderer anlocken, argumentierten sie. Auch der als Ratsvorsitzender amtierende deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble erteilte dem winzigen Inselstaat Malta mit seinen rund 400.000 Einwohnern eine klare Abfuhr – und ließ seinen maltesischen Amtskollegen Tonio Borg fassungslos zurück: „Ich finde es unglaublich, dass wir vor den Toren Europas eine so tragische Situation erleben und nicht genug dagegen getan wird“, sagte Borg am Ende des Treffens. „Doch wenn es keine europäische Regelung gibt, dann wird Malta keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, die außerhalb seiner Hoheitsgewässer gerettet wurden.“ Fischtrawler und Handelsschiffe werden nun erst recht um jedes Boot mit Schiffbrüchigen einen großen Bogen machen ...

All diese Beispiele – und die Liste ließe sich beliebig verlängern – zeigen: An den EU-Außengrenzen wurde in den letzten Jahren ein Grenzregime errichtet, wie wir es uns brutaler nicht einmal in den Zeiten des kalten Krieges in Europa hätten ausmalen können. Die Einzelheiten werden vor der Öffentlichkeit allerdings weitgehend verborgen. So haben Journalisten etwa in den zahllosen Abschiebelagern in und um Europa grundsätzlich keinen Zutritt – und auch die Einsatzbefehle der neuen europäischen Grenzschutz-Agentur „FRONTEX“, die von Warschau aus den Abwehr-Kampf organisieren soll, unterliegen höchster Geheimhaltung. Warum eigentlich?

Offenbar handelt es sich bei dem tausendfachen anonymen Sterben an unseren Grenzen um ein Tabuthema, dem sich die politisch Verantwortlichen nicht stellen wollen. Stattdessen wiederholen sie bei jeder Gelegenheit jenes Mantra, hinter dem sich die Abschottungspolitik gegenüber den verarmten Nachbarn seit jeher ver-



schanzt: Europa, so die treuherzige Versicherung, tue schließlich alles, „um Armut und Arbeitslosigkeit auch in den Herkunftsländern zu bekämpfen“ (EU-Innenkommissar Franco Frattini). Doch davon kann nun wirklich keine Rede sein. Denn in Wahrheit tut Europa vor allem vieles, was den Menschen Afrikas in schlechtesten kolonialistischer Manier die Lebensgrundlagen systematisch raubt: EU-Agarrsubventionen zerstören dort die heimischen Märkte, im Gegenzug verhindern hohe Zölle die Einfuhr afrikanischer Produkte nach Europa. Europäische Fangflotten fischen den Einheimischen buchstäblich den letzten Happen Eiweiß aus ihren Meeren. Unsere unermessliche Gier nach Rohstoffen stürzt weite Teile des Nachbarkontinents ins Elend, Stichwort: „Ressourcen-Fluch“. Ganz abgesehen von den Folgen des Klimawandels, den schließlich wir zu verantworten haben – Afrika ist an der Emission von Treibhausgasen mit nicht einmal sechs Prozent beteiligt –, doch vor allem die Einwohner der ärmsten Länder aushalten sollen. In den kommenden Jahrzehnten werden Millionen Afrikaner laut UN-Klimareport wegen der steigenden Temperaturen ohne Trinkwasser sein, weite Küstenregionen dagegen im Meer versinken. Es ist nicht im Ansatz zu erkennen, dass die reichen, entwickelten Industrienationen – das „Imperium der Schande“, wie der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, diese nennt –, sich ihrer Verantwortung wirklich stellen wollen. Auch der UN-Umweltgipfel in Nairobi konnte allen Appellen zum Trotz kaum

mehr als gestammelte Lippenbekenntnisse hervorbringen.

Doch die da in kleinen Booten versuchen, ihren Teil vom Reichtum der Welt, und sei es auch nur als illegale Arbeitssklaven, in Europa zu erhaschen, sind nur die Vorboten eines unausweichlichen globalen Wandels. „Botschafter der Ungerechtigkeit“ nennt sie der katholische Pfarrer Herbert Leuninger, Mitbegründer von *PRO ASYL* und einer der zornigen alten Männer der deutschen Menschenrechtsbewegung. „Botschafter der Ungerechtigkeit.“ Das Wort sollten wir uns merken. Denn es macht deutlich, dass es bei dem verzweifelt-unbarmherzigen Versuch der Abschottung gegen Flüchtlinge möglicherweise nicht in erster Linie um ein paar tausend Zuwanderer mehr oder weniger geht. Als „gefährlich“ wird vor allem jene an uns adressierte Botschaft empfunden, die in jedem der überfüllten Holzkähne unsichtbar mitreist. Sie lautet: Ihr vertreibt uns aus unserer Heimat! Weil Politiker diese unbequeme Wahrheit dem geneigten Wahlvolk nicht zumuten wollen – sie müsste ja unmittelbare Konsequenzen nach sich ziehen –, lassen sie vorläufig lieber weiter Menschen mit aller Härte „abwehren“.

Dieses „Massaker der großen Heuchelei“, so die französische Menschenrechtsorganisation *migreurope*, fordert immer mehr Opfer, und die Liste der offiziell registrierten Toten wird immer länger: 135 wurden im Mai 2007 bestätigt, im Juni waren es 154. Von den 217 Toten des Monats Juli wurden 79 im Kanal von Sizilien gezählt, und mindestens 98 auf den Kanarischen Inseln.

34 Menschen verdursteten in der Sahara auf dem Weg von Niger nach Libyen, drei junge Männer erstickten in Italien in einem Lastwagen auf dem Weg nach Deutschland. Zwei Menschen wurden von der marokkanischen Grenzpolizei erschossen, als sie sich in El Ayoun einschiffen wollten. Eine junge Frau starb in Calais auf der Flucht vor der Polizei.

Text und Fotos: Elias Bierdel

Der Autor

Elias Bierdel war von 2002 bis 2004 Vorsitzender des Komitees Cap Anamur. Im Juli 2004 rettete die Cap Anamur 37 afrikanische Flüchtlinge vor der italienischen Insel Lampedusa aus Seenot. Erst nach einer dreiwöchigen Blockade konnte das Schiff einen Hafen auf Sizilien anlaufen. Die meisten der Flüchtlinge wurden mit der Zeit abgeschoben, Elias Bierdel, der Kapitän und der erste Offizier wurden verhaftet und der „Schlepperei“ angeklagt. Der Prozess läuft noch. Bierdel hat aus dieser Geschichte das Buch „Ende einer Rettungsfahrt“ gemacht, das im vergangenen Jahr erschienen ist.

In diesem Sommer hat Elias Bierdel den Verein *borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen* gegründet. *borderline-europe* beobachtet die Situation an den EU-Außengrenzen und dokumentiert die alltäglichen Dramen.

www.borderline-europe.de



Etwa 3000 Menschen sind nach Schätzungen der Behörden im vergangenen Jahr bei dem Versuch gestorben, die Kanarischen Inseln zu erreichen – so wie dieser Flüchtling auf Fuertventura. Auch die Fotos links und auf Seite 4 entstanden auf den Kanaren.

„Willst du, dass ich dich umbringe?“

Aus dem Bericht des Flüchtlings A., der am 18. Juni 2007 mit 47 weiteren Bootsinsassen die griechische Insel Chios erreichte

Als ich auf das Schiff der Küstenwache gebracht wurde, haben sie uns gleich geschlagen. Ich dachte doch: Wir sind jetzt frei, in Griechenland, in Europa, Menschenrechte und so. Aber es lief nicht so gut. Die Beamten haben die Leute verprügelt. Dann haben sie gemerkt, dass ich englisch spreche, und dann war ich dran. Zuerst haben sie mich gepackt und verhauen. Sie haben mich gefragt: „Wo kommst du her?“ Ich hab’ gesagt: „Aus Palästina!“ „Und wo seid ihr abgefahren?“ „Aus Libyen“, hab’ ich gesagt. „Mit was für einem Schiff, Erinnerst du dich an die Farbe, an den Namen?“ Ich hab gesagt: „Ich weiß nicht mehr, welche Farbe, welcher Name.“ Ich hatte Angst, weil ich doch wusste, dass die Küstenwache schon früher üble Dinge mit den Leuten gemacht hat. Ich hatte doch davon gehört, dass die im letzten Jahr Menschen ins Wasser geworfen haben. Ich hatte davon erfahren, weil einer der Überle-

benden in der Türkei allen von dieser Geschichte erzählt hat. Alle dort drüben in der Türkei – also, nicht die Einheimischen, sondern die Migranten, die Araber – wissen von dieser Sache! Deshalb hatten wir solche Angst. (...)

„Okay“, haben die von der Küstenwache gesagt, „du lügst!“ Dann haben sie mich geschlagen, einen Eimer geholt und meinen Kopf ins Wasser getaucht. „Na, kannst du dich jetzt erinnern?“ „Nein, ich erinnere mich nicht!“ Sie haben mich zum Heck des Schiffs gebracht, damit keiner meiner Freunde mich sehen konnte. Sie haben meinen Kopf immer wieder untergetaucht und gefragt: „Erinnerst du dich immer noch nicht?“ Ich habe gesagt: „Bitte tut mir nicht weh, ich will nur Freiheit, ich suche eine gute Zukunft, bitte helft mir!“ Aber die haben eine Plastiktüte genommen und sie mir über den Kopf gestülpt. Damit haben sie mir die Luft abgeschnitten, ich konnte nicht mehr atmen. Dreimal haben die das gemacht. Ich hab gesagt „bitte, macht das nicht“. „Sag’ uns die Wahrheit und wir lassen dich laufen!“ Dann haben sie eine Pistole genommen. „Siehst du diese Pistole?“, haben sie gefragt. „Ja, ich sehe sie!“ „Willst du, dass ich dich umbringe? Also, wenn du nicht die Wahrheit sagst ...“ „Bitte, ich sage doch die Wahr-

heit!“ Aber die haben gesagt: „Nein!“, und dann haben sie die Pistole an meinen Schädel gehalten und abgefeuert, direkt über meinem Kopf. Alle meine Freunde dachten, ich wäre tot. (...)

Ich bin nicht wütend wegen dieser Sache. Aber ich will den Polizisten sagen: Bitte, macht so was nicht mit anderen Leuten. Die kommen hierher, um in Frieden zu leben. Die sind aus ihrem Land geflohen wegen des Krieges!

aufgezeichnet von Elias Bierdel

Nach seiner Entlassung aus der Abschiebehaft wurde A. ein Papier in die Hand gedrückt, in dem er aufgefordert wurde, Griechenland binnen 30 Tagen zu verlassen. Bei Redaktionsschluss der *Münchner Stadtgespräche* befand sich A., wie Zehntausende andere Flüchtlinge auch, in Athen und schlug sich dort mit Gelegenheitsarbeiten durch – in der Hoffnung, eines Tages zu seiner Schwester in die Schweiz weiterreisen zu dürfen.



nung seiner Vaterschaft zu bewegen. Weil er die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, kann die Frau als Mutter eines deutschen Kindes bleiben. „Wir suchen immer auch einen Weg in die Legalität“, sagt Birgit Poppert, „damit die Menschen keine Angst mehr vor der Polizei haben müssen. Ohne Lebensperspektive kann man nicht gesund werden.“

30.000 bis 50.000 Menschen leben in München in der Illegalität. Zu dieser Schätzung kam der Migrationsforscher Phillip Anderson, als er 2003 im Auftrag der Stadt eine Studie über Illegalisierte durchführte. Der Stadtrat reagierte und be-

gang beobachtet“, erzählt Birgit Poppert. Heute würden sie von Freunden geschickt, von asylpolitischen Netzwerken, Rechtsanwältinnen oder Schwangerschaftsberatungsstellen. Sind die „Illegalen“ da, setzt man sich zusammen auf das Sofa, trinkt etwas und unterhält sich, bevor es bei Bedarf in das Untersuchungszimmer geht. Da wartet dann zum Beispiel Barbara Theml, die für Ärzte der Welt arbeitet. Ob ihre Patienten Papiere haben, interessiert die ehemalige Landärztin nicht. „Unser Augenmerk ist der Mensch, der kommt und ein Problem hat.“ Sind Menschen, die in der Illegalität leben müssen, anders krank? Haben sie besondere gesundheitliche Probleme? „In der Regel steckt das Problem der Isolierung, das Alleinsein hinter den Beschwerden“, sagt Theml. Menschen, die keinen Raum haben, aber gerne hier bleiben möchten, erlebe sie häufig in der Sprechstunde, und oft

Ohne Perspektive keine Gesundheit

Medizinische Hilfe und mehr für Menschen ohne Papiere

Öffentliche Verkehrsmittel und überwachte Plätze sind gefährlich. Die Angst, kontrolliert, verhaftet und abgeschoben zu werden, ist groß und immer da. Menschen ohne Papiere meiden solche Orte. Schwieriger wird es, wenn „Illegale“ krank werden. Ohne Versicherungskarte gibt es keine medizinische Behandlung, in der Regel jedenfalls nicht.

Die Ausnahme von der Regel ist das Café 104 in der Augsburgsburger Straße, nahe des Sendlinger Tors. Wer hier „auftaucht“, bekommt kostenlose ärztliche Hilfe. Nach einer ersten Untersuchung, die von der Organisation Ärzte der Welt durchgeführt wird, können die Mitarbeiter/innen, falls nötig, auf einen Pool von etwa 40 Fachärzten und -ärztinnen zurückgreifen und einen Termin vereinbaren.

Medizinische Hilfe ist eine Seite, Unterstützung in aufenthaltsrechtlichen Fragen die andere. „Obdachlos, schwanger und illegalisiert“, Birgit Poppert, eine der Gründer/innen des Café 104, erzählt von einer jungen Asiatin, die im sechsten Monat schwanger war und die Nächte auf Spielplätzen verbracht hatte, bevor sie den Weg in die Augsburgsburger Straße fand. Über ein gut funktionierendes Netzwerk wurde für die Frau ein Dach über dem Kopf gefunden, eine Gynäkologin versorgte sie und errechnete den genauen Geburtstermin. Mit dem Termin in der Hand konnte Poppert sich mit dem Kreisverwaltungsreferat in Verbindung setzen. Denn zur Hilfe kam die Regelung, dass Frauen drei Monate vor und drei Monate nach einer Geburt nicht abgeschoben werden. Es war Zeit gewonnen, den Vater aufzutreiben und ihn zur Anerken-

nung seiner Vaterschaft zu bewegen. Weil er die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, kann die Frau als Mutter eines deutschen Kindes bleiben. „Wir suchen immer auch einen Weg in die Legalität“, sagt Birgit Poppert, „damit die Menschen keine Angst mehr vor der Polizei haben müssen. Ohne Lebensperspektive kann man nicht gesund werden.“

schloss, eine medizinische Anlaufstelle zu initiieren. Der Zuschlag ging an den Malteser Hilfsdienst, der im Sommer 2006 das Projekt Malteser Migranten Medizin am Romanplatz vom Bischof einweihen ließ. Eine Entscheidung auf Grund der unpolitischen Arbeit der Malteser, glaubt Birgit Poppert. Trotzdem sei die Atmosphäre in München relativ offen, findet sie. „Wir werden nicht mehr vor allem mit Kriminalität und Schleuserbanden verbunden.“ Und die Polizei hält sich zurück.

Als das Café 104 vor neun Jahren, damals noch in der Thalkirchner Straße, öffnete, gab es noch einen Hinterausgang. Die Sorge, dass Menschen ohne Papiere vor dem Café verhaftet werden könnten war aber unbegründet, wie sich schnell herausstellte. Denn obwohl Poppert und ihre Kolleg/innen von Beginn an die Öffentlichkeit suchten, um auch politisch etwas bewegen zu können, wurde die Behandlung auch von ansteckenden Krankheiten offenbar als wichtiger eingestuft. Inzwischen gibt es keinen Notausgang mehr. Solange es ruhig bleibe, hat die Polizei zugesagt, werde sie nicht eingreifen.

Im Laufe der Jahre ist das Café 104 bekannter geworden. „Früher haben die Menschen erst einmal vier Wochen den Ein-

komme eine Traumatisierung hinzu. Dass in dem engen Raum wenig an eine Arztpraxis erinnert, stört sie nicht. „Es ist klein und bescheiden. Aber die Dinge, die wirklich nötig sind, kann man hier tun.“ Zudem werde das Netz der Kollegen immer dichter. Die meisten hätten ein gutes Gefühl, wenn sie etwas Vernünftiges tun könnten.

Obwohl die Ärzt/innen ehrenamtlich arbeiten und der Bayerische Flüchtlingsrat Räume und Logistik kostenlos zur Verfügung stellt, bleibt die Finanzierung ein großes Problem. Denn die Rechnung für eine Laboruntersuchung oder die Perücke für die Chemotherapiepatientin müssen mit Spendengeldern bezahlt werden. Und da kommt nicht viel zusammen. „Haste mal nen Euro für nen Illegalen“, sagt Birgit Poppert, „das kommt nicht gut an.“

Thomas Rath

Info

Café 104
Augsburger Str. 13
80339 München

Öffnungszeiten:
Dienstag 17 bis 20 Uhr,
Freitag 10 bis 13 Uhr

An den übrigen Werktagen können zwischen 9:30 und 17 Uhr Arzttermine telefonisch vermittelt werden: 0160-959 218 17

beratung@cafe104.de
www.cafe104.de

Kaum noch freiwillig

Rückkehr in den Kosovo

Kosovo, Flughafen Pristina, 16. August 2007.

Der Nachmittag ist drückend heiß. Seit Wochen flimmert die Hitze über dem Kosovo, die Temperatur erreicht 40 Grad und mehr. Wir warten auf die Ankunft eines Abschiebeflugzeuges aus Düsseldorf.

In dem neuen Ankunftsgebäude ist es nicht kühler, aber wenigstens steht man nicht in der Sonne. Rechts eine Kaffeebar, links eine Absperrung vor einer automatischen Schiebetüre. Auf der Tafel ist der Flug nicht angezeigt. An der Absperrung drängen sich die Leute, viele von ihnen warten auf Angehörige, die mit dem Abschiebeflug aus Deutschland kommen sollen.

Eine Frau aus der Gegend von Münster hat extra Urlaub genommen und ist aus Deutschland angereist, um ihren Bruder in Empfang zu nehmen, der heute abgeschoben wird. Er war noch nie im Kosovo. Vielleicht kann sie ihn bei Verwandten unterbringen. Wenn das klappt, muss sie sobald wie möglich zurück, denn in Deutschland wartet ihr Job als Verkäuferin. Sie ist nicht die einzige, die aus Deutschland gekommen ist, um Verwandte nach der Abschiebung zu unterstützen. Andere sind aus verschiedenen Orten im Kosovo angereist, alle warten auf Schwestern, Brüder, Nefen oder Cousins. Verwandte, die es nicht geschafft haben, in Deutschland einen Aufenthalt zu bekommen. So wie die Familie, die auf die älteste Tochter wartet. Der Vater erzählt, dass das Asylrecht der Familie widerrufen wurde. Vor einem Jahr wurde die Familie abgeschoben. Die Tochter machte sich allein wieder auf den Weg zurück nach Deutschland. Sie stellte erneut einen Asylantrag, wurde aber umgehend in Abschiebehäft genommen. Viereinhalb Monate saß sie in Haft, heute soll sie wiederkommen.

Abschiebungen werden von den Behörden als unumgänglich betrachtet. Ohne Ab-

schiebung, so wird befürchtet, verliert die Asyl- und Ausländerpolitik ihre Glaubwürdigkeit. Schließlich muss klar sein, wer bleiben darf, und das geht nur, wenn die, die nicht bleiben dürfen, auch abgeschoben werden. Dabei ist die Praxis nicht konsequent. Und fast alle setzen ihre letzten Hoffnungen darauf, trotz aller Abschiebeandrohungen doch noch einen rettenden Strohalm zu fassen zu kriegen. Für manche ist der Strohalm zum Greifen nah. Viele der Familien, mit denen wir hier sprechen, hatten einen Antrag auf Bleiberecht gestellt und alle Anforderungen erfüllt. Dann wurden sie dennoch abgeschoben.

Abschiebung ist auch symbolische Politik. Den Ausländern wird gezeigt, dass Deutschland ernst macht. Ob auch Schrecken und Brutalität einkalkuliert sind? Die Schilderungen von Rollkommandos der Polizei, die mitten in der Nacht anrücken, mit Hunden die Flüchtlinge in Schach halten, sie in Handschellen abführen, manchmal schlagen, wecken ungute Erinnerungen.

Die Geschichten, die wir am Flughafen Pristina hören, kennt man in Deutschland wenig. Wenn jemand abgeschoben ist,

reißt meist der Kontakt ab. Wie die Abschiebung und die Ankunft im Herkunftsland sind, erfährt man erst dort. Als alle anderen schon gegangen sind, treffen wir am Flughafen noch einen Vater mit drei Kindern. Die vier sitzen unter dem kleinen Schattendach vor dem Flughafengebäude. Die Kinder schauen ins Leere. Das Mädchen hat den Kopf auf den Tisch gelegt und weint. Im Morgengrauen wurde die Familie abgeholt, eine halbe Stunde zum Packen, die Mutter ist in Deutschland in der Psychiatrie. Das kleinste Kind, ein Säugling von neun Monaten, hat die Polizei zunächst mit zum Flughafen genommen. Dann entschieden die Beamten, dass er wieder zurück zur Mutter solle. Hier am Flughafen in Pristina weiß der Vater nicht einmal, ob sein Kind heil bei der Mutter angekommen ist.

Im Kosovo regiert nicht allein das kosovarische Parlament. Die offiziell noch zu Serbien gehörende Provinz wird von der UNMIK, einer Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen, kontrolliert. Für die Sicherheit sorgt die KFOR, eine UN-Truppe unter Führung der NATO. Die NATO war es auch, die mit Bombardements die Gewalt Herrschaft von Slobodan Milosevic beendet hat. Nach dem Krieg kehrte sich die Situation um.

Nationalistische Albaner trieben die verbliebenen Minderheiten aus dem Land, wollten einen ethnisch rein albanischen Kosovo schaffen. Nicht nur Serben, sondern auch Roma und andere Minderheiten wurden Opfer von Mord, Vergewaltigung, Vertreibung. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, in vielen Städten wurden Roma-Viertel zerstört, geplündert und in Brand gesteckt. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe schätzt, dass mehr als drei Viertel der Roma-Minderheiten aus dem Kosovo geflüchtet sind, etwa 90.000 Menschen. Viele von ihnen nach Deutschland.

Heute leben etwa 40.000 Minderheitenangehörige aus dem Kosovo in Deutschland, in der Mehrzahl Roma. Auch sie sollen Deutschland verlassen, im Ernstfall abgeschoben werden. Die Rückkehrer erwarten jedoch schlimmste Bedingungen. Oft sind ihre Häuser zerstört oder von anderen Flüchtlingen besetzt, Hilfsprogramme sind ausgelaufen, und Arbeit gibt es nicht. Bei Minderheiten prüft die UNMIK, ob eine Abschiebung möglich ist. Mehr als 60 Prozent der Abschiebekandidaten lehnt die UNMIK noch immer ab, obwohl die Bestimmungen mehrfach nach unten reguliert wurden.

Birgit Budde ist im deutschen Verbindungsbüro in Pristina zuständig für die Koordinierung von Abschiebungen aus Deutschland. Sie kritisiert die Haltung der UNMIK und wünscht sich mehr Entgegenkommen. Frau Budde beklagt auch, dass die deutschen Wohlfahrtsverbände nicht mehr für Abgeschobene tun, und bedauert die schlimme Lage, in die gerade abgeschobene Familien im Kosovo geraten. Sie äußert ihr Unverständnis darüber, dass die Wohlfahrtsverbände nur die freiwilligen Rückkehrer unterstützen. Das mutet auf den ersten Blick befremdlich an, ist es doch die Aufgabe von Frau Budde, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen und für deren Reibungslosigkeit zu sorgen. Gute Unterstützung der Abgeschobenen durch die Wohlfahrtsverbände wäre quasi ein Freibrief für Abschiebung: Die Leute sind ja schließlich versorgt. Wir entgegnen höflich, dass vielleicht auch die deutschen Behörden besser schauen sollten, wen sie wohin abschieben, und verabschieden uns. Als wir die klimatisierten Sicherheits-schleusen des Verbindungsbüros verlassen, steht auf der Straße eine Traube Kosovaren, die auf ein Visum für Deutschland warten.

Ortswechsel. München, Franziskanerstraße 6-8. Im ehemaligen Flüchtlingsamt, jetzt

Amt für Wohnen und Migration, ist auch Coming Home untergebracht, die städtische Stelle für Rückkehrberatung. Vor unserer Reise in den Kosovo sind wir mit Sylvia Glaser und Latif Avdyli verabredet, um uns über die Rückkehrförderung zu informieren. In der Stelle arbeiten sechs Angestellte, die Flüchtlinge bei der Rückkehr in

Abschiebungen werden von den Behörden als unumgänglich betrachtet. Ohne Abschiebung, so wird befürchtet, verliert die Asyl- und Ausländerpolitik ihre Glaubwürdigkeit.

alle Krisengebiete der Welt unterstützen: Balkan, Afrika, Naher Osten, Irak, Afghanistan. Die Möglichkeiten der Unterstützung sind begrenzt, die Freiwilligkeit der Rückkehrer ebenfalls. Rund 80 Prozent der Klienten von Coming Home sind von Abschiebung bedroht. Dennoch, so betont Sylvia Glaser, gibt es durchaus auch Fälle von echter freiwilliger Rückkehr.

Der Alltag sieht aber anders aus. Rückkehrberatung ist eine Gratwanderung. Die Grundsätze der sozialen Arbeit fordern, dass Berater im Interesse ihrer Klienten handeln und deren freie Entscheidung respektieren. Das gilt auch für die Rückkehrberatung, aber die Sozialberater von Coming Home und die Rückkehrer sind sich im Stillen einig darüber, dass die Entscheidung zur Rückkehr nicht freiwillig getroffen wird. Dennoch unterscheidet sich die begleitete Rückkehr von der Abschiebung. Abgeschobene werden aus dem Bett gerissen, ins Flugzeug gesetzt, am Flughafen Pristina regelrecht abgeladen. Dort fragen

Abgeschobene werden aus dem Bett gerissen, ins Flugzeug gesetzt, am Flughafen Pristina regelrecht abgeladen. Dort fragen sie sich fassungslos, was mit ihnen passiert ist.

sie sich fassungslos, was mit ihnen passiert ist. Häufig haben Ausländerbehörde oder Polizei den Abgeschobenen Versprechungen gemacht, dass man sie am Flughafen in Pristina erwarten würde und die UNMIK oder andere ihnen helfen würden. Das ist nicht der Fall. Es erwartet sie keinerlei Unterstützung. Wohlfahrtsverbände aus Deutschland halten sich bei der Unterstützung von Abgeschobenen bewusst zurück, um nicht noch mehr Abschiebungen

zu provozieren. Noch gelten Abschiebehindernisse für alte und kranke Menschen, wenn Behandlung und Unterstützung im Herkunftsland nicht gegeben sind. Auch haben Härtefälle die Möglichkeit, einen Aufenthalt in Deutschland zu bekommen. Bieten Wohlfahrtsverbände Unterstützung für Abgeschobene, dann übernehmen sie die Verantwortung auch für Menschen, die in ihren Herkunftsländern nicht oder nur unzureichend medizinisch versorgt werden können. Die Rückkehrberatungsstellen vor Ort wären nicht nur finanziell überfordert, müssten sie hier in die Bresche springen.

Auch wenn sich die Mitarbeiter/innen der Beratungsstelle sehr für ihre Klienten einsetzen, sind die Mittel doch in den meisten Fällen sehr bescheiden. Latif Avdyli, bei Coming Home zuständig für den Kosovo und andere Balkanländer, beschreibt dies am Beispiel Kosovo. In den Jahren direkt nach dem Krieg seien sehr viele Flüchtlinge freiwillig zurückgekehrt, einige mit der Unterstützung von Coming Home. Die Stadt hat nur ein knappes Budget für Rückkehrförderung zur Verfügung. Weitere Zuschüsse decken die Kosten für den Flug und ein Handgeld von wenigen Hundert Euro. Das reicht bestenfalls für ein paar Wochen. In Einzelfällen kann Coming Home noch eine Qualifizierungsmaßnahme oder sogar eine Unterstützung zur Existenzgründung anbieten. Für Rückkehrer in den Kosovo ist Coming Home verhältnismäßig gut gerüstet. Latif Avdyli kommt selbst aus Peja im Westen der Provinz, fährt regelmäßig dort hin und hat so sehr gute Kontakte und Informationen. Trotzdem: Hilfsorganisationen, die sich nach dem Krieg im Kosovo engagiert hatten, haben ihre Programme für den Wiederaufbau von Häusern und Unterstützung der Bevölkerung längst eingestellt. Allein an Baumaterial zur Reparatur

von beschädigten Häusern zu kommen, ist für Rückkehrer meist unerschwinglich. Auch der Arbeitsmarkt gibt nichts her. Offiziell liegt die Arbeitslosenquote bei 50 Prozent, doch selbst die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen UNDP schätzt die Quote auf mindestens 70 Prozent. Für Minderheitenangehörige liegt sie bei annähernd 100 Prozent. Unter diesen Umständen ist es für viele nicht möglich ihre Existenz zu sichern. Auch die Rückkehrhilfen können hier wenig ausrichten. Die meisten Menschen im Kosovo sind auf die Gelder angewiesen, die ihnen Verwandte in Deutschland, in der Schweiz oder in Österreich schicken.

Gemeinsam mit Latif Avdyli sitzen wir um einen wackeligen Tisch auf dem Hof eines



Pristina: Warten auf ein Visum für Deutschland.

Kleinbauern. Das Dorf in der Gegend von Peja liegt an einer kleinen Anhöhe, im Krieg war es heftig umkämpft zwischen Serben und kosovarischen UCK. Entsprechend groß waren die Zerstörungen. Der Viertelhektar Land hinterm Haus des Kleinbauern reicht gerade für ein bisschen Gemüse und Heu für die Kuh. Der Bauer ist selbst nicht da, aber seine Frau und sein Bruder sitzen bei uns. Beide Brüder waren mit ihren Familien im Krieg nach München geflüchtet und sind vor etwa sechs Jahren zurückgekehrt. Coming Home hatte die Flüge organisiert, zusätzlich bekamen die Familien jeweils rund 1.500 Mark als Starthilfe. Der eine Bruder bekam von einer Hilfsorganisation ein neues kleines Haus gebaut, weil das alte komplett zerstört war. Der Hof, in dem wir jetzt sitzen, hatte nicht so viel abbekommen. Hier wurde nur ein Dach erneuert, und Coming Home hatte über eine Hilfsorganisation kostenlos einige Fenster und Türen organisieren können. Viel ist seitdem nicht passiert. Die Familie bewohnt nur einen Teil des Hauses, zwei weitere Räume warten noch immer auf Fenster und Türen. Latif will sehen, was er tun kann. Vor dem Krieg hatte die Familie ihr Auskommen. Der Garten reichte für Tomaten, Gurken, Paprika, und der Mann arbeitete als Tagelöhner in der Nachbarschaft oder in Peja. Nun ist keine Arbeit mehr zu finden, und mit über dreißig gehört der Mann schon fast zum alten Eisen. Die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist unter 25 und an jeder Ecke findet man junge Männer, die auf einen Job warten. Sozialhilfe gibt es im Kosovo nur für Familien mit Kindern unter fünf Jahren, und selbst dann reichen die 40 bis 60 Euro pro Monat nicht weit. Wenn jemand in der Fa-

milie krank wird, kann das schnell in eine Katastrophe münden, denn Medikamente müssen selbst bezahlt werden und die Behandlung im Krankenhaus ist zwar offiziell billig, unter der Hand müssen aber an alle Ärzte und Angestellten Schmiergelder bezahlt werden, will man tatsächlich behandelt werden.

Wir schauen uns im Hof um, die Kinder suchen ein paar reife Gurken für uns. Viel mehr hat die Familie nicht zu bieten. Dies ist ein Aspekt der Rückkehr in den Kosovo. Zwar waren die Familien rechtzeitig da, um noch Hilfen für den Wiederaufbau ihrer Häuser zu bekommen. Nun sitzen sie aber in ihrem Haus, haben keine Arbeit, und finden auf dem Dorf auch keine. Selbst wenn sie mehr Land hätten, so könnten sie kaum von der Landwirtschaft leben. Ein großer Beutel Paprika kostet auf dem Markt 80 Cent, und häufig ist das, was man auf dem Markt kaufen kann, sogar aus den Nachbarländern importiert. Der Bauer, der mit uns am Tisch sitzt, beklagt, dass er keine Verwandten im Ausland hat. Er meint, das Asylrecht sei ungerecht. Gerechter sei es, jeder Familie zu erlauben, ein Mitglied nach Deutschland zum Arbeiten zu schicken. Aus seiner Warte hat er damit sicherlich Recht.

In Peja sind wir unterhalb des neu erbauten Shoppingcenters mit einem weiteren Münchner Rückkehrer verabredet. Shaban hat eine kleine Modeboutique, die seine Frau übernimmt, während er mit uns in das Dachrestaurant des Hochhauses hinauffährt. In München hatte Shaban einen Job als Berater für Flüchtlinge. Bald nach dem Krieg kehrte er in den Kosovo zurück, seine Frau und seine Kinder kamen mit Unter-

Heute gibt es kaum noch wirklich freiwillige Rückkehrer. Wer jetzt noch in Deutschland ist, hat sich auf ein Leben in Deutschland eingestellt.

stützung von Coming Home etwas später nach. Shaban ist ein kleiner Mann mit vorsichtigem Blick, doch bereitwillig erzählt er uns, wie er sein Geschäft aufgebaut hat. Die Familie mietete sich vom in München Ersparten eine Wohnung und einen kleinen Laden. Mit mehreren Krediten baute Shaban sein Geschäft auf, Verwandte seiner Frau halfen ihm mit einer Bürgschaft. Über einen Bruder in Istanbul bezieht er billig Textilien. Shaban hat neue Ladenräume im Zentrum angemietet. Obwohl die Konkurrenz hart ist, hat er sich behaupten können. Nun hätte er gern ein Geschäftsvisum für Deutschland, damit er dort Markenware kaufen kann. Im Kosovo wird wie im ganzen Balkan der Markt mit billigen Textilien aus China überschwemmt und die guten Beziehungen zu türkischen Herstellern helfen nicht mehr.

Shaban ist ein Rückkehrer, der seinen Weg gemacht hat, und das weitgehend ohne Unterstützung von außen. Heute gibt es kaum noch wirklich freiwillige Rückkehrer. Wer zurück wollte, hat dies längst getan. Wer jetzt noch in Deutschland ist, hat sich auf ein Leben in Deutschland eingestellt. Die Kinder sprechen besser deutsch als albanisch, sie fühlen sich deutsch und mit dem Kosovo verbinden sie oft nur die schlimmen Erinnerungen der Eltern. Eine Rückkehr können sich die Familien gar nicht mehr vorstellen. Solange nicht, bis nachts um drei die Polizei vor der Tür steht und sie in eine Heimat zurückbringt, die nicht mehr die ihre ist.

*Text und Fotos: Stephan Dünwald
Stephan Dünwald und Julia Bayer waren im August für den Bayerischen Flüchtlingsrat im Kosovo*

Interkulturelle Zukunft

Das Integrationskonzept der Stadt München

„München ist eine solidarische Stadtgesellschaft in der Verantwortung aller. Die Verständigung zwischen den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen ist die Grundlage von Integration. Maßnahmen und Dienstleistungen der Stadt stärken die vorhandenen Fähigkeiten aller in München lebender Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung, Weltanschauung sowie sexueller Identität. Ein besonderes Augenmerk verdienen Kinder und Jugendliche. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, an kommunalpolitischen Entscheidungen und ihr Zugang zu Ressourcen sind gleichberechtigt gewährleistet.“

So lautet die Vision des Integrationskonzeptes der Stadtverwaltung, das der Stadtrat im vergangenen November zur Kenntnis genommen hat – verbunden mit dem Auftrag an die Stelle für interkulturelle Arbeit, dieses Konzept ein Jahr lang innerhalb der Stadtgesellschaft zu diskutieren und eventuell zu modifizieren. Das Integrationskonzept mit seinen elf Leitsätzen ist schon heute Grundlage für Planungen in der Stadtverwaltung. Mit zahlreichen Diskussionen in der Stadtgesellschaft wollte die Stelle für interkulturelle Arbeit das Kon-

Integration bedeutet, Vielfalt anzuerkennen und zu gestalten sowie politische Partizipation und gleichberechtigte Teilhabe am urbanen Leben zu ermöglichen.

zept und das mit ihm verbundene Integrationsverständnis auf eine breite Basis stellen und eine große Allianz für die Inhalte und damit letztendlich für die interkulturelle Zukunft der Stadt finden.

In mittlerweile über 50 Veranstaltungen haben die Mitarbeiter/innen der Stelle für interkulturelle Arbeit das Konzept immer wieder vorgestellt und diskutiert – etwa in Großveranstaltungen, bei Migrantenorganisationen, in der Uni, an Schulen, in Sozialbürgerhäusern, vor politischen Parteien, bei Wohlfahrtsorganisationen oder religiösen Einrichtungen. Das Interesse ging weit über München hinaus, so dass die Stelle für interkulturelle Arbeit gebeten wurde, das Konzept auch in Ingolstadt, Augsburg, Berlin, Düsseldorf und Karlsruhe zu diskutieren.

Die ersten Reaktionen waren stets äußerst positiv. Insbesondere Migrantenorganisati-

onen hoben hervor, wie wichtig es sei, dass die Stadt eine solche Initiative zeigt und bedauerten, dass dies nicht schon vorher geschehen sei. „Endlich ein Konzept für uns“, sagten viele, und wir mussten regelmäßig widersprechen. Das Integrationskonzept ist nicht ausschließlich ein Konzept für Migrant/innen, sondern umfasst die gesamte Stadtgesellschaft, unabhängig von einem möglichen Migrationshin-

tergrund. Nur vereinzelt wurde Kritik laut, nicht aktiv in den Entstehungsprozess eingebunden gewesen zu sein. Einzelne Kritikpunkte richteten sich gegen die Leitprojekte, die noch als zu diffus, zu willkürlich und einzig auf Migrant/innen orientiert gesehen wurden. Die Frage: „Wo bleibt das Leitprojekt für die Mehrheitsgesellschaft“ ist der Stelle für interkulturelle Arbeit mehrere Male begegnet. In Folge dieser Diskussion wurden in dem verwaltungsinternen „Arbeitsgremium Integration“ Kriterien für Leitprojekte entwickelt, ihre Ziele klarer definiert und die Laufzeit beschränkt. Das „Leitprojekt für die Mehrheitsgesellschaft“ wird ein Punkt sein, der die Gremien weiter beschäftigen wird.

Alle Integrationsmaßnahmen (...) werden auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie Mädchen und Jungen hin überprüft. Alle Maßnahmen sind auch auf ihre Auswirkungen im Hinblick auf die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen zu überprüfen.

Immer wieder tauchte auch die Frage nach der Finanzierung und den Ressourcen auf. Als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor zwei Jahren eine bundesweite Umfrage startete, wie viel die einzelnen Kommunen für Integration ausgeben, musste München passen. Denn die Verwaltung begreift Integration als echten Querschnitt, und so fließen die Gelder auch in alle Arbeitsbereiche mit ein und sind nicht vereinzelt rauszurechnen. Kritisiert

wurde auch, dass im Integrationskonzept Flüchtlingen kein Platz eingeräumt wurde. Die Diskussion über diese Frage wird in der Verwaltung erneut eröffnet werden.

Im Sinne einer sozial integrierten europäischen Stadt wird am Grundsatz der sozialräumlichen Mischung festgehalten (...)

Anfang nächsten Jahres möchte die Stelle für interkulturelle Arbeit über den Verlauf der Diskussion und sich daraus möglicherweise ergebende Veränderungen im Konzept dem Stadtrat berichten und das dann modifizierte Konzept zum Beschluss vorlegen. Direkte Auswirkungen zeigt es schon

jetzt. Das Integrationskonzept wurde breit diskutiert, ist in der Stadt bekannt und kann sich einer großen Unterstützung erfreuen. Die Gremien arbeiten mit viel Engagement. Das verwaltungsinterne Arbeitsgremium Integration unter Vorsitz des Sozialreferenten tagte bereits zwei Mal, überarbeitete unter anderem die Leitprojekte und setzte sich intensiv mit den Indi-

Integration heißt, entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen.

katoren auseinander. Die Stadtratskommission für Integration unter Vorsitz des Oberbürgermeisters wollte Anfang Oktober (*nach Redaktionsschluss*) das erste Mal zusammenkommen. Das Integrationskonzept ist angekommen. Nun bleibt zu sehen, wie seine langfristige Wirkung sein wird.

*Margret Spohn,
Stelle für interkulturelle Arbeit*

Info

Im Text hervorgehoben sind einige der Leitsätze des Integrationskonzepts. Das ausführliche Konzept kann man im Internet nachlesen:

www.muenchen.de/interkult



Sprache und Würde

Menschenrechte gelten bei „SchlaU“ auch für Asylbewerber/innen

Nach Jahrzehnten selbst verordneter Blindheit hat die Politik nun auch offiziell erkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – bravo, möchte man nachrufen. Etwa zum selben Zeitpunkt kam durch die PISA-Studie die nächste Erkenntnis: Wir haben ein relativ desolates Schul- und Bildungsniveau. Den Asylbewerber/innen in Deutschland hat das nicht geholfen. Sie bleiben von Bildungsmaßnahmen strukturell weitestgehend ausgeschlossen. Von den Regierenden – oder, wie es depersonalisiert heißt, „vom Gesetz her“ – ist das so vorgesehen.

Ohne die Sprache des Landes, in dem man lebt, einigermaßen zu beherrschen, kann jedoch kein Mensch auch nur ansatzweise Fuß fassen. Es ist eine Schande für jede Gesellschaft, Menschen, die über Jahre hinweg im Lande leben, auf diese Weise von jeglicher gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen. Und weil es nur in den Metropolen Initiativen und Netzwerke gibt, die Asylbewerber/innen Bildung anbieten, bleibt der überwiegende Großteil von ihnen ausgeschlossen. Bevor sich die Schule „SchlaU“ (Schulanaloger Unterricht) in München dem Klientel der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge widmete, war sie im Bereich der so genannten Integrationskurse tätig. Auch hier waren und sind Asylbewerber/innen nicht teilnahmeberechtigt – sie seien nicht für die Integration vorgesehen, heißt es. Nur in Ausnahmefällen kommen einige dieser Menschen als „Gasthörer“ in den sozial angehauchten Bildungsinstitutionen unter.

Eine einfache Zauberformel

„SchlaU“ führt elternlose junge Flüchtlinge in der Regel innerhalb von zwei bis maximal drei Jahren von der Alphabetisierung bis zum Hauptschulabschluss, den sie am Schuljahresende in Münchner Regelschulen absolvieren. Die Schüler/innen kommen aus Kriegs- bzw. Krisenregionen und haben neben der Entwurzelung von Familie und Heimat häufig noch den extremen psychologischen

Ballast unter anderem von Krieg, Vertreibung oder dem Verlust der Eltern im Gepäck – viele sind traumatisiert. Oft hatten sie nur selten oder noch nie die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Die asylrechtlichen Vorgaben scheinen für die meisten häufig nur den Weg der Abschiebung zu weisen.

Sie kommen aber hier an mit der Hoffnung, endlich wie jeder junge Mensch Schule und Ausbildung genießen zu können – und fallen in das nächste Loch der Perspektivlosigkeit: du darfst nichts, du bist nichts! Deshalb versucht „SchlaU“ von der ersten Minute an zu vermitteln, dass sie wertvolle Menschen sind und ein Recht auf Schule und eine jugendgerechte Normalität haben. Die individuelle Betreuung, die Schaffung bzw. Stärkung ihrer Identität, ihrer Persönlichkeit und ihrer Würde steht an erster Stelle und ist mindestens so wichtig wie die reine Beschulung. Schon allein, dass „SchlaU“ sie in asylrechtlichen Fragen unterstützt und sie qualifiziert, damit sie einen Schulabschluss bekommen und vielleicht eine Berufsausbildung machen können – allein das wirkt wie eine Zauberformel und führt zu einer bewundernswerten Lernmoral.

Das Recht auf Normalität

„Nutze die Chance, die du angeblich nicht hast – wir helfen dir dabei“, ist der Slogan der Schule. Das „SchlaU“- Team ist immer

wieder fasziniert, dass sich die Schüler/innen das nach kurzer Zeit der Eingewöhnung zu ihrem persönlichen Motto machen und sich so Perspektiven schaffen. Ihre persönlichen und schulischen Leistungen zeigen sehr deutlich, dass Asylbewerber/innen zu ganz besonderen Leistungen im Stande sind, indem ihnen das Recht auf Normalität gegeben wird. Das bestätigen auch die Firmen, in denen die Schüler/innen Praktika und Ausbildungen machen. Menschen, die zum Teil noch nicht einmal unsere Schrift kannten, lernen in zwei Jahren so gut deutsch und den gesamten Fächerkanon, der für Hauptschulabschluss notwendig ist, dass sie fast alle bestehen. Menschen, die hierzulande stets nur als eine Last unserer Gesellschaft gesehen, ja bezeichnet werden.

Die Politik nimmt gerne das Wort von der „Verhinderung von Fluchtursachen“ in den Mund. Menschen, die zu uns geflohen sind, um Schutz und Unterstützung zu finden, haben ein Recht auf Bildung. Sie abzuschicken oder „zurückzuführen“, ohne ihnen dieses grundlegende Menschenrecht zu gewähren, schafft neue Fluchtursachen, verschärft die verzweifelte Lebenslage und – dies steht für die Lehrer/innen von „SchlaU“ an erster Stelle – es raubt ihnen jegliche Menschenwürde. Eine qualifizierte Ausbildung versetzt jeden Menschen in die Lage, sich persönlich frei zu entwickeln und sich gesellschaftlich beteiligen zu können – unabhängig davon, ob er dies in seinem Herkunftsland oder bei uns tun möchte.

Text und Foto: Michael Stenger, Schulleiter „SchlaU“

Seit Ende August diesen Jahres ist das Anfang 2005 eingeführte Zuwanderungsgesetz durch das so genannte Richtlinienumsetzungsgesetz geändert. Der Name verrät den Grund: Zahlreiche EU-Richtlinien mussten eingearbeitet werden. Der Gesetzgeber nahm dies zum Anlass weiterer Änderungen, die – angeblich – die Integration der hier lebenden Ausländer fördern sollten. Auch hier bestätigt sich die Lebenserfahrung, dass die Wirklichkeit oft nicht hält, was die Werbung verspricht.

Das Gesetzeswerk setzt die deutsche Tradition fort, wonach das Ausländerrecht Teil des Sicherheits- und Gefahrenabwehrrechts ist. Integration wird groß geschrieben, durch das Gesetz aber kaum gefördert. Kernstück des Zuwanderungsgesetzes ist das Aufenthaltsgesetz. Es regelt den Aufenthalt und den Zuzug von Ausländern, soweit sie nicht dem vorrangigen EU-Recht oder sonstigen Sonderbestimmungen, zum Beispiel für Diplomaten, unterliegen. Die Grundstruktur ist die selbe wie bisher: „Ausländer bedürfen für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet eines Aufenthaltstitels“, der Aufenthaltserlaubnis.

Eine Erwerbstätigkeit darf nur ausgeübt werden, wenn der Aufenthaltstitel dazu berechtigt. Wer Ausländer ohne einen solchen Aufenthaltstitel beschäftigt oder mit anderen entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Für Geduldete gibt es eine Verbesserung: Die Arbeitsagentur kann einer Erwerbstätigkeit ohne Vorrangprüfung und Beschränkung zustimmen, wenn sich der Ausländer seit vier Jahren ununterbrochen erlaubt, geduldet oder mit Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufgehalten hat. Heftig diskutiert bis

zuletzt und nicht berücksichtigt wurde die Forderung aus der Wirtschaft, die Anforderungen an die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte herabzusetzen. Ungehört blieb auch die Anregung, die Zulassung zur selbständigen Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

Der Kleinmut der deutschen Regelungen bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben wird beim Studienaufenthalt beispielhaft deutlich. Die bisherigen Regelungen waren pauschalierend und durch Anwendungshinweise konkretisiert. Da diese keine Gesetzesqualität besaßen, blieb Raum für individuelle Besonderheiten. Jetzt gibt es detaillierte Bestimmungen mit Höchstfristen, etwa für den Aufenthalt zur Studienbewerbung oder studienvorbereitende Maßnahmen. Zweck ist es, „auch

eine kürzere Geltungsdauer vorsehen zu können“ und eine „bessere Kontrolle zu gewährleisten“ – so die Begründung der Restriktionen.

Im Bereich der Familienzusammenführung enthält das Richtlinienumsetzungsgesetz weitreichende, verfassungsrechtlich fragwürdige Verschärfungen. Es schreibt nunmehr beim Ehegattennachzug zwingend einfache deutsche Sprachkenntnisse vor, auch beim Nachzug zu Deutschen. Ausnahmen sieht das Gesetz für Ehegatten der industrialisierten Länder vor. Dass australische, israelische, japanische, kanadische, koreanische, neuseeländische oder US-

amerikanische Staatsangehörige besser behandelt werden sollen als Deutsche oder andere Staatsangehörige, ist verfassungsrechtlich nicht legitimierbar. Die Benachteiligung zielt auf eingebürgerte Deutsche. Denn sie, vornehmlich Deutsche türkischer Herkunft, sind diejenigen, zu denen der Familiennachzug überwiegend stattfindet. Sie werden damit zu Deutschen zweiten Ranges degradiert.

Entsprechendes gilt für die Neuerung, dass beim Familiennachzug die Lebensunterhaltssicherung verlangt wird und hiervon nur bei Vorliegen einer besonderen Härte abgesehen werden kann. Eine soziale Selektion. Die Regelung, dass, wer mittellos ist, in Deutschland seine Ehe nicht leben darf, ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Denn Ehe und Familie schlechthin stehen unter einem besonderen Schutz, nicht nur die von Wohlhabenden.

Weniger weitreichend, aber gleichwohl abzulehnen ist die Vorschrift, dass beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet ha-

Unter General- verdacht

ben müssen. Sie soll Zwangsehen entgegenwirken. Abgesehen davon, dass es keine Erfahrungswerte hierzu gibt, führt dies nur zu einer Wartefrist, in der die hiervon überwiegend betroffenen Frauen der Familie des Mannes überantwortet werden. Faktisch werden sie damit außerhalb des Geltungsbereiches unserer Gesetze umso besser auf ihre spätere Rolle einer subalternen Ehefrau gedrillt. So werden Zwangsehen gefestigt, nicht beseitigt.

Das Aufenthaltsgesetz legt auf die Förderung der Integration großen Wert und widmet ihr ein eigenes, das dritte Kapitel. Ausländer sollen an einem Integrationskurs teilnehmen, der einen „Basis- und einen Aufbaukurs von jeweils gleicher Dauer zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte in Deutschland“ umfasst. Das Richtlinienumsetzungsgesetz hat die Repressions- und Sanktionsmaßnahmen erweitert. Bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Teilnahmeverpflichtung soll die Aufenthaltserlaubnis abgelehnt werden, wenn kein Anspruch auf Erteilung besteht. Besteht ein Anspruch, kann sie abgelehnt werden – es sei denn, der Ausländer weist nach, dass die Integration anderweitig erfolgt ist.

Im Bereich der humanitären Aufenthaltsrechte hat das Zuwanderungsgesetz Verbesserungen gebracht, indem es Teilaspekte der so genannten Qualifikationsrichtlinie



Foto: www.pixelto.de

Das neue Ausländerrecht trägt zur Integration kaum bei

(QL) übernahm und Ansätze zur Überwindung von Dauerduldungen einführte. Leider wurde dieser Weg nicht konsequent weitergeführt. Die Neuregelung des Abschiebungsverbots war eine der wenigen substantiellen Verbesserungen. Sie nimmt ausdrücklich Bezug auf die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und definiert eine „Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit“, die „allein an das Geschlecht anknüpft“ als Verfolgung im Sinne der GFK. Bedeutsamer noch ist die Regelung, die vom deutschen Grundsatz Abstand nimmt, dass politische Verfolgung nur vom Staat oder einer staatsähnlichen Gewalt ausgehen könne. Entscheidend ist jetzt, ob der Schutzsuchende effektiven Schutz vor Verfolgung finden kann.

Neben dieser Änderung gibt es aber auch Abweichungen von den Vorgaben. Die QL bestimmt, dass Schutz zu gewähren ist, sofern eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts vorliegt. Da jedoch das deutsche Richtlinienumsetzungsgesetz die so genannte Sperrklausel beibehält, wonach Ge-

ethnischer Gruppen oder Religionen zu erzeugen oder zu verstärken. Wer eine andere Person in verwerflicher Weise davon abhält, am wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben oder wer eine andere Person nötigt, die Ehe einzugehen oder dies versucht, kann ausgewiesen werden. Die Regelungen sind unspezifisch und integrationspolitisch kontraproduktiv. Sie zielen in erster Linie auf Muslime, die so unter Generalverdacht gestellt werden. Die Integrationsbereitschaft fördert das nicht. Sofern die Tatbestände tatsächlich verwirklicht sind, fallen sie zudem auch unter die bisherigen Regelungen.

Nur wenn wir dem Fremden sein unantastbares Ich belassen und verstehen, dann können wir von ihm als nächsten Schritt die Integration erwarten.

Integrationsversäumnisse ausschließlich den Heranwachsenden an und geht weitgehend ins Leere. Denn Staatsangehörige der EU und der Türkei können ohnedies nur dann ausgewiesen werden, wenn eine gegenwärtige, tatsächliche und hinreichende schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt.

fahren nicht gelten, denen die Bevölkerung oder eine Bevölkerungsgruppe allgemein ausgesetzt ist, wird die europäische Regelung in ihr Gegenteil verkehrt. Denn die Gefahren eines Bürgerkriegs treffen immer die Bevölkerung allgemein.

Schon das Zuwanderungsgesetz hatte mit der Begründung der Terrorismusbekämpfung die Ausweisung erleichtert. Jetzt wurden noch weitere Verschärfungen eingeführt. Eine Ausweisung ist möglich, wenn auf ein Kind oder einen Jugendlichen gezielt und andauernd eingewirkt wird, um Hass auf Angehörige anderer

Zu den integrationsfeindlichen Verschärfungen zählt auch, dass der besondere Ausweisungsschutz für heranwachsende Serienstrafäter beseitigt wurde. Die Regelung lastet

Schließlich enthält das Aufenthaltsgesetz eine Bleiberechtsregelung. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Gegenüber der vorangegangenen innenministeriellen Bleiberechtsregelung gibt es insoweit eine Verbesserung, als die Aufenthaltserlaubnis auch erteilt werden kann, wenn noch kein Arbeitsplatz gefunden wurde. Bedenklich stimmt jedoch die vorgesehene „Sippenhaft“, die sämtliche Familienmitglieder von der Bleiberechtsregelung ausschließt, sofern auch nur eines zu einer im Sinne des Gesetzes relevanten Straftat verurteilt wurde.

Fragwürdig erscheint die Regelung, die integrierten Kindern von geduldeten Ausländern ein Bleiberecht unter der Voraussetzung einräumt, dass die Eltern das Bundesgebiet verlassen. Diese, von Kritikern als „Kinderraub“ bezeichnete Regelung unterwirft die Familie einer unerträglichen Belastung und setzt Eltern und Kinder dem Druck aus, zwischen dem Fortbestand der familiären Gemeinschaft und der familiären Trennung im vermeintlichen Interesse der Kinder zu wählen.

Damit ist nur ein Teil der Neuerungen aufgezeigt. Neben dem Aufenthaltsgesetz erfuhr auch andere Gesetze Verschärfungen – insbesondere das Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Ausländer wird noch mehr als bisher an die Kandare genommen. Für eine Integration ist dies kontraproduktiv.

Integration ist von „integer“ abgeleitet und bedeutet „unantastbar“. Nur wenn wir dem Fremden sein unantastbares Ich belassen und verstehen – also sein Anderssein, seine anderen Erfahrungen, die er als Zuwanderer im Gegensatz zu uns erleben musste –, dann können wir von ihm als nächsten Schritt die Integration erwarten. Weil und solange das Gesetz die speziellen Erfahrungen der Migranten nicht zur Kenntnis nimmt, trägt es zur Integration wenig bei.

Hubert Heinhold

Der Autor

Hubert Heinhold ist Rechtsanwalt und lebt in München. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sind Ausländer- und Asylrecht, Einbürgerungsrecht, Verfassungsrecht.

Heinhold ist stellvertretender Vorsitzender von Pro Asyl und des Bayerischen Flüchtlingsrats.

www.waechtler-kollegen.de

Umweltinstitut München e.V.



Herausgegeben vom Umweltinstitut München e.V.

Anschrift für Verlag, verantwortlichen Redakteur und Anzeigenverantwortlichen:
 Umweltinstitut München e.V.
 Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung
 Landwehrstr. 64a
 80336 München
 Tel.: (089) 30 77 49-0
 Fax: (089) 30 77 49-20
 E-Mail: a21@umweltinstitut.org
 Internet: www.umweltinstitut.org

Redaktion Thomas Rath, Christina Hacker (verantwortlich für Redaktion und Anzeigen), Hans Ulrich-Raithel, Harald Nestler
Gestaltung Druck Thomas Rath
 ulenspiegel druck gmbh
 Birkenstraße 3
 82346 Andechs
Anzeigen Versand Es gilt die Anzeigenliste 2005
 Klebeck und Partner,
 Kolbermoor
 7000
Auflage 7000

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers und nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.
 Zitieren erwünscht, bitte mit Quellenangabe!
 Titelbild: www.pixelio.de

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
 05.11.2007

Unterstützen Sie die Agenda-Zeitung!
 Schalten Sie eine Anzeige oder spenden Sie an folgendes

Spendenkonto:
 Umweltinstitut München e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft München
 BLZ 700 205 00 - Konto 88 311 01

Stichwort AGENDA 21

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
 München
**Referat für Gesundheit
 und Umwelt**

Die **Münchner Stadtgespräche** entstehen in Zusammenarbeit mit dem Agenda21-Büro. Sie werden aus Mitteln des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München gefördert.

100% Recyclingpapier

Dieses Heft kann im Internet unter der Adresse www.muenchner-stadtgespraeche.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Referat für Gesundheit und Umwelt

Agenda 21-Büro

Bayerstr. 28a, 80335 München
 E-Mail: agenda21.rgu@muenchen.de
www.agenda21-muenchen.de
 Angelika Lintzmeyer, Tel.: 089-233-47 560
 Joachim Schwanck, Tel.: 089-233-47 558
 Fax: 089-233-47 542 oder -47 557

Agenda 21- Koordination Eine Welt c/o RGU

Heinz Schulze
 Bayerstraße 28a, 80335 München
 Zimmer 5029
 Telefon: 089-233-47 561
 Fax: 089233-47 542
 E-Mail:
agendaeinewelt.rgu@muenchen.de

Ökologisches Bildungszentrum

Angelika Bachmann, Martin Ehrlinger
 Engelschalkinger Str. 166
 81927 München
 Tel.: 089-93 94 89 60
 Fax: 089-93 94 89 81
 E-Mail: mail@oebz.de

**Bürgerstiftung
 Zukunftsfähiges München**

Klenzestraße 37/Rgb.,
 80469 München
 Tel.: 089-202 38-111
 Fax: 089-202 38-113
 E-Mail: mail@bszm.de
www.bszm.de
www.lifeguide-muenchen.de
www.sinn-muenchen.de

**Regelmäßige Information über
 Agenda-Termine im kostenfreien
 Newsletter bei:**

www.muenchner-stadtgespraeche.de

noch bis Sonntag, 4. November

Ein bayerischer Italiener?

Eng verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung Oberbayerns ist das Thema Migration. Das Freilichtmuseum Glentleiten zeigt die Ausstellung „Ein bayerischer Italiener? Migration am Beispiel des Kesselflickers Petro Zannantonio“. Exemplarisch verdichten sich an Hand der Lebensgeschichte dieses „Wirtschaftsflüchtlings“ aus Norditalien, der sich 1909 mit seiner Familie in Starnberg niederließ, Ursachen und Beweggründe, die zur Arbeitsmigration führten. Die Museumssaison geht noch bis zum 4. November, montags ist geschlossen.

Ort: Freilichtmuseum Glentleiten, Großweil
www.glentleiten.de

Dienstag, 13. November, 10 bis 15 Uhr
Krank als Migrant – ohne Krankenversicherung

Die Gesundheitsversorgung von Migrant/innen in Deutschland ist oft unzureichend. Welche Rechte und welche Unterstützungsmöglichkeiten haben sie? Der Fachtag will diese Fragen klären und einen Austausch ermöglichen. Expert/innen geben einen Überblick zur derzeitigen Situation von Migrant/innen, die nicht krankenversichert sind. Eine Veranstaltung der Petra-Kelly-Stiftung in Kooperation mit Ärzten der Welt und Refugio München (*siehe auch „Ohne Perspektiven keine Gesundheit“, Seite 8).*

Ort: Seidlvilla, Nicolaiplatz 1b
www.petra-kelly-stiftung.de

Dienstag, 20. November, 9:30 bis 17 Uhr
Integration aus feministischer Sicht

Die Geschlechterfrage wird in der Debatte um Integration und Zuwanderung immer wieder übersehen. Frauen und Mädchen werden daher in ihren traditionellen Rollen, als Opfer oder gar nicht gesehen. Die Fachtagung im EineWeltHaus will daher Integration aus der Sicht von Frauen und Mädchen betrachten. Weitere Infos gibt es u.a. bei der Gleichstellungsstelle, Tel. (089) 233-92467. Eine gemeinsame Veranstaltung von Verein Visiones, migrant, der Gleichstellungsstelle, der Antidiskriminierungsstelle und der Stelle für interkulturelle Arbeit. Teilnahmekosten: 10 Euro, Anmeldung per Fax: (089) 487673, oder E-Mail: mundo.onirico@gmx.net
 Ort: EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80